



Schiffbauindustrie fordert industriepolitische Entschlossenheit aus Brüssel und Berlin

Hamburg 23.04.2024: Die deutsche Schiffbauindustrie appelliert an die Europäische Union und die Bundesregierung, ein industriepolitisches Konzept vorzulegen, das eine Rückkehr zu dem erforderlichen Wachstum ermöglicht und so der strategischen Bedeutung der maritimen Industrie gerecht wird.

„Vom maritimen Akteur zur Seemacht“ lautet der Titel eines Papiers des Analyse- und Recherche-Teams im Generalsekretariat des EU-Rats vom Januar 2023. Darin wird das enorme strategische Gewicht der maritimen Dimension ausführlich und facettenreich beschrieben. Mit den dafür nötigen industriepolitischen Konsequenzen setzt sich das Dokument nicht auseinander. Eine Industriepolitik für die maritime Industrie hat die Europäische Kommission zuletzt 2013 vorgelegt. Doch seitdem ist die Welt nicht mehr dieselbe.

Überfällige maritime Industriestrategie

Zwei wesentlich Brüche haben die Notwendigkeit einer Neuauflage auf dramatische Weise vor Augen geführt: die Pandemie hat die Anfälligkeit einer Strategie, die sich allein auf High End-Märkte beschränkt, aufgezeigt. Der russische Angriffskrieg und die russisch-chinesische „Partnerschaft ohne Grenzen“ haben die Gefahren von strategischen Abhängigkeiten ins Bewusstsein gebracht.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der VSM den für morgen erwarteten Beschluss des Wettbewerbsfähigkeitsrates zur Notwendigkeit einer maritimen Industriestrategie für Europa. VSM-Präsident Fassmer sagte hierzu: „Wir brauchen eine schiffbaupolitische Trendwende. Maritime Souveränität kann man nicht in China bestellen.“

Effektive Rahmenbedingungen für die maritime Industrie

Eine krisenfeste und nachhaltige maritime Versorgung Europas umfasst klimaneutrale innereuropäische See- und Binnenwasserstraßenverkehre, den Ausbau erneuerbarer Energiegewinnung offshore, den Schutz kritischer Infrastruktur auf und unter Wasser, die Infrastruktur für den Import von erneuerbarem Energieträger sowie eine leistungsstarke Marineschiffbauindustrie. Dafür müssen effektive Rahmenbedingungen den erfolgreichen Betrieb von Schiffen und maritimen Anlagen ebenso wie deren Produktion gewährleisten. Diese Rahmenbedingungen müssen wir rasch gemeinsam in der EU festlegen und konsequent national implementieren. Die EU verfügt über den größten maritimen Binnenmarkt der Welt. Wir müssen ambitionierte Klimaschutzziele auch im maritimen Sektor umsetzen und wollen die enormen Ausbauziele für die Nutzung der Offshore-Windenergie erreichen. Der Weg dahin muss gemeinsam so gestaltet werden, dass die EU dabei an Unabhängigkeit und Resilienz gewinnt.



Stärken der deutschen Schiffbauindustrie nutzen

Die deutsche Schiffbauindustrie weist überwiegend eine hohe Auslastung aus. Allerdings haben Lieferkettenstörungen und der hohe Inflationsdruck der letzten Jahre auch 2023 noch deutliche Spuren hinterlassen, denn lange Projektlaufzeiten und Verträge mit festen Baupreisen sind im Schiffbau üblich. Die Eigenkapitaldecke der mittelständischen Unternehmen ist in den vergangenen Jahren abgeschmolzen.

Dennoch steht die Industrie bereit, sich den gewaltigen Anforderungen zu stellen, zu investieren und für exzellente Ausbildung von Fachkräften zu sorgen. Sie kann dies aber nicht allein. Die Bundesregierung hat aktiv für die Befassung des EU-Ministerrates mit diesem Thema geworben. Sie muss nun aber auch bei den eigenen Instrumenten diesem Anspruch gerecht werden.

Am Standort Deutschland sind unverändert zahlreiche Unternehmen aktiv, die technologisch weltweit Maßstäbe setzen. Unsere maritimen Fähigkeiten geben uns heute noch alle Handlungsoptionen. Der jahrzehntelange Substanzverzehr muss allerdings umgedreht werden, damit der Standort seine maritime Industrie und damit seine Handlungsfähigkeit wahrt.

Hauptgeschäftsführer Dr. Lüken sagte „Die Bundesregierung hat den Handlungsdruck verstanden und auf die Untätigkeit der Europäischen Kommission der vergangenen Jahre reagiert. Aber das kann nur der Startschuss sein. Ab jetzt gilt es, die Ärmel hochzukrempeln und neue Schritte für echte maritime Souveränität zu wagen.“